



Newsletter

23. Juli 2021

Corona-Schutz – Neue Regeln bei einer Inzidenz unter 35

Ministerpräsident Volker Bouffier und Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir haben die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, „sich impfen zu lassen und sich vor, während und besonders nach dem Urlaub regelmäßig zu testen“. Weiter informierten Bouffier und Al-Wazir nach der Sitzung des Corona-Kabinetts über die gefassten Beschlüsse.

Wirtschaft – Hessischer Raumfahrtkoordinator berufen

Ministerpräsident Volker Bouffier und Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir haben den Raumfahrtkoordinator der Landesregierung vorgestellt. Prof. Dr. Johann-Dietrich Wörner wird diese Aufgabe ab 1. August wahrnehmen. Der frühere Generaldirektor der Europäischen Weltraumorganisation ESA und ehemalige Vorstandsvorsitzende des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) ist der erste Raumfahrtkoordinator der Hessischen Landesregierung.

Justiz – Pressefreiheit schützen

Hessen tritt dafür ein, dass die Pressefreiheit im Strafgesetzbuch geschützt wird. Die Frühjahrskonferenz der Justizministerinnen und Justizminister hatte zuletzt eine hessische Initiative mit diesem Inhalt beschlossen. „Ich fordere die Bundesregierung auf, das Anliegen der Länder anzunehmen und im Gesetz umzusetzen“, sagte Justizministerin Eva Kühne-Hörmann.

Außerdem in dieser Ausgabe:

- ▶ Bildung – Kultusminister tauscht sich mit Schüler- und Elternvertretern aus
- ▶ Soziales – Landesregierung unterstützt die Tafeln weiter
- ▶ Finanzen – Hessen wirbt für Frankfurt als Sitz der EU-Geldwäschebehörde
- ▶ Gedenken – „Die Tat von Utøya ist in ihrer Grausamkeit kaum zu fassen“
- ▶ Unwetterkatastrophe – Hessen entsendet rund 150 weitere Helfer

Zahl der Woche, Link der Woche, Hessenbilder, Impressum

Mehr dazu auf den folgenden Seiten

Corona-Schutz – Neue Regeln bei einer Inzidenz unter 35

Ministerpräsident Volker Bouffier und Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir haben die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, „sich impfen zu lassen und sich vor, während und besonders nach dem Urlaub regelmäßig zu testen“. Weiter informierten Bouffier und Al-Wazir nach der Sitzung des Corona-Kabinetts über die gefassten Beschlüsse.

Mit Blick auf die Schulferien appellierten Bouffier und Al-Wazir an die hessische Bevölkerung: „Viele wird es dieser Tage in den wohlverdienten Urlaub ziehen, vielleicht sind sie auch schon unterwegs. Die Pandemie macht jedoch keine Ferien. Deswegen ist es wichtig, dass wir weiterhin besonnen bleiben. Es ist nach wie vor wichtig, die Hygiene- und Abstandsregeln zu berücksichtigen. Wir dürfen jetzt nicht nachlässig werden. Außerdem rufen wir alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich vor, während und besonders nach dem Urlaub regelmäßig testen zu lassen. Denn nur so können wir Infektionen früh erkennen und damit Infektionsketten durchbrechen.“

Aufruf zum Impfen

Anders als im Sommer 2020 stünden Hessen nun mit den Testmöglichkeiten und dem Impfangebot zwei entscheidende Instrumente zur Verfügung, um der Pandemie zu begegnen. „Auch, wenn die Inzidenzen teilweise steigen, bleibt die Zahl schwerer Erkrankungen bisher weiterhin niedrig. Eine Erklärung dafür ist auch die hohe Impfquote. Diejenigen, die momentan noch überlegen, ob sie sich impfen lassen sollen, bitte ich, es zu tun. Sie schützen damit nicht nur sich bestmöglich, sondern auch ihre Mitmenschen“, sagte Bouffier.

Die Landesregierung hat außerdem die bestehende Coronaschutzverordnung vom 22.7. bis zum 19.8. verlängert und einzelne zusätzliche Lockerungen insbesondere für Veranstaltungen und in der Gastronomie beschlossen. Damit gleicht Hessen seine Verordnung an die Regelungen angrenzender Länder an. „Angesichts einer landesweiten Inzidenz von 13,6 und einer gleichzeitig geringen coronabedingten Krankenhausbelegung können wir einige wenige weitere vorsichtige Öffnungsschritte gehen. Weiterhin liegen alle hessischen Landkreise deutlich unter 50, auch wenn die Inzidenzen seit einer guten Woche wieder steigen. Das unterstreicht einmal mehr, wie wichtig regelmäßige Testungen und vor allem das Impfen ist“, sagte Bouffier. „Sollten die Infektionen wieder zunehmen, könnten allerdings auch erneute Einschränkungen notwendig werden, die dann auf Basis des bewährten hessischen Präventions- und Eskalationskonzeptes umgesetzt werden. Wir müssen auch weiterhin besonnen und achtsam bleiben, um das Erreichte nicht zu verspielen.“

Die wichtigsten Änderungen im Überblick. Sie gelten in Landkreisen und kreisfreien Städten mit einer Inzidenz unter 35.

Veranstaltungen (ab 25 Personen):

► Veranstaltungen können genehmigungsfrei wieder mit mehr Teilnehmern stattfinden. In geschlossenen Räumen wird die Obergrenze von 250 auf 750 Teilnehmer angehoben. Im Freien sind künftig 1.500 statt bislang 500 Teilnehmer möglich. Geimpfte und Genesene zählen bei dieser Zahl nicht mit. Größere Veranstaltungen bleiben genehmigungspflichtig.

- ▶ Bei Veranstaltungen in Innenräumen entfällt zukünftig die Testpflicht, wenn nicht mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (einschließlich geimpfter und genesener Personen) eingelassen werden.
- ▶ Bei Volksfesten und ähnlichen Veranstaltungen muss die Kontaktdatenerfassung nur noch bei gastronomischen Angeboten erfolgen.

Hotels und Übernachtungen:

- ▶ Bei Anreise muss bei touristischen Übernachtungen weiterhin ein gültiger Negativnachweis (Geimpft/Genesen/Getestet) vorgelegt werden. Die bisherige wöchentliche Testpflicht bei längeren Aufenthalten entfällt.

Gastronomie:

- ▶ Die Testpflicht in der Innengastronomie wird aufgehoben. Es bleibt die Maskenpflicht bis zum Sitzplatz.

Bibliotheken und Archive:

- ▶ Maskenpflicht besteht nur noch bis zum Sitzplatz.

Großveranstaltungen:

- ▶ Hessen übernimmt die Regelungen für Großveranstaltungen, die auf Ebene der Chefs der Staatskanzleien vereinbart wurden. Demnach ist ab einer Zuschauerzahl von 5.000 eine 50-prozentige Auslastung zulässig, maximal jedoch 25.000 Besucherinnen und Besucher.

Clubs / Discotheken:

- ▶ Weiterhin sind Tanzveranstaltungen in Clubs und Discotheken nur im Freien zulässig. Allerdings wird die Zugangsregelung gelockert. Künftig ist eine Person je 5 qm möglich. Bislang ist es eine Person je 10 qm Veranstaltungsfläche.

Sollte die 7-Tage-Inzidenz in einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt über 35 steigen, entfallen diese Lockerungen und es gelten die bisherigen Maßnahmen.

Über 59 Prozent mindestens einmal geimpft

Das Infektionsgeschehen in Hessen ist in den vergangenen Wochen deutlich zurückgegangen. Aktuell ist zwar ein leichter Anstieg der Infektionszahlen zu verzeichnen. Mit Stand vom 19. Juli 2021 überschreitet aber noch kein Landkreis und keine kreisfreie Stadt in Hessen den Schwellenwert nach § 28a Abs. 3 Satz 6 IfSG von 35 von 100 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in sieben Tagen. Landesweit liegt der Inzidenzwert bei 13,6. Die Belegungszahlen der Krankenhäuser und Intensivstationen mit Covid-19-Patientinnen und -Patienten bleiben konstant niedrig. Aktuell sind insgesamt 59 Covid-Patientinnen und Patienten (51 mit Covid-bestätigt und 8 mit Covid-Verdacht) auf der Intensivstation, davon 35 beatmet. Auch die Todeszahlen im Zusammenhang mit einer Corona-Infektion sind niedrig.

Zugleich hat die Zahl der geimpften Personen zugenommen. Bis einschließlich 18. Juli 2021 sind 59,2 Prozent der Personen in Hessen mindestens einmal geimpft worden und haben damit bereits einen gewissen Schutz vor schweren Krankheitsverläufen erhalten. 45,7 Prozent haben bereits den vollen Impfschutz erhalten.

Hinzu kommt, dass aufgrund der saisonalen Temperaturanstiege Aufenthalte und Aktivitäten vermehrt im Freien stattfinden. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen jedoch im Zuge dort bereits erfolgter, teilweise sehr weitgehender Lockerungen einen vielfach schnellen Anstieg der Infektionszahlen. Insbesondere im Hinblick auf die zunehmende Verbreitung der Delta-Variante des SARS-CoV-2-Virus, welche nach derzeitigem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse als deutlich infektiöser, wenn auch nicht pathogener einzuschätzen ist, besteht weiterhin Anlass zur Vorsicht.

Weitere Informationen.

Wirtschaft – Hessischer Raumfahrtkoordinator berufen

Ministerpräsident Volker Bouffier und Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir haben den Raumfahrtkoordinator der Landesregierung vorgestellt. Prof. Dr. Johann-Dietrich Wörner wird diese Aufgabe ab 1. August wahrnehmen. Der frühere Generaldirektor der Europäischen Weltraumorganisation ESA und ehemalige Vorstandsvorsitzende des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) ist der erste Raumfahrtkoordinator der Hessischen Landesregierung.

„Prof. Dr. Wörner ist seit Jahrzehnten in der deutschen, europäischen und internationalen Raumfahrt eine bekannte und renommierte Persönlichkeit“, erklärte Bouffier. „Er verfügt durch seine ingenieurwissenschaftliche Ausbildung und seine bisherigen Tätigkeiten über eine hohe Expertise in der Raumfahrt und ein hervorragendes Netzwerk zu relevanten Akteuren im In- und Ausland. Hessen ist ein bedeutender europäischer Raumfahrtstandort. Mit dem Europäischen Raumflugkontrollzentrum ESOC, der Europäischen Weltraumorganisation ESA, der Europäischen Organisation für die Nutzung meteorologischer Satelliten EUMETSAT sowie mit dem Centrum für Satellitennavigation Hessen (cesah) haben wir zentrale Player hier im Land. Diesen Standort gilt es zu sichern und auszubauen. Prof. Dr. Wörner ist der ideale Mann für diese Aufgabe.“

Raumfahrtstandort Hessen gezielt weiterentwickeln

„Hessen hat eine lange Tradition in der Raumfahrttechnologie“, sagte Al-Wazir. „Präzisionsgetriebe aus Limburg flogen mit den Apollo-Missionen zum Mond, Sensoren aus Lahnau sind mit den Marsrovern über den roten Planeten gerollt, von Darmstadt aus werden die Satelliten der Europäischen Raumfahrtagentur ESA und der Wettersatellitenorganisation EUMETSAT gesteuert. Von den Innovationen und technologischen Impulsen der Raumfahrt profitiert unser gesamter Standort – gleichzeitig vollzieht sich in der Branche ein dynamischer Wandel: Ehrgeizige Pläne werden formuliert, Privatunternehmen steigen ins Weltraumgeschäft ein, der internationale Wettbewerb verschärft sich. In dieser Situation kommt es darauf an, den Raumfahrtstandort Hessen gezielt weiterzuentwickeln, seine Akteure enger miteinander zu vernetzen und ihm ein nach außen wahrnehmbares Profil zu geben. Dafür ist Prof. Wörner mit seiner langjährigen Erfahrung auf diesem Gebiet, seinen Kenntnissen und Kontakten die ideale Besetzung.“

Funktion des hessischen Raumfahrtkoordinators

In seiner Funktion soll Wörner eine zukunftsfähige Raumfahrtstrategie für das Land entwickeln, die alle maßgeblichen Akteurinnen und Akteure aus Wissenschaft, Forschung, technologischer Entwicklung, Bildung, Wirtschaft und Industrie sowie die in Hessen beheimateten nationalen und internationalen Organisationen eng einbindet und stärker miteinander vernetzt. Die Aktivitäten der einzelnen Ressorts der Landesregierung wird Wörner koordinierend unterstützen und gewinnbringend mit anderen Akteurinnen und Akteuren und Branchen im Land zusammenbringen. Zudem soll er gegenüber dem Bund und der Europäischen Union wirksam für den Raumfahrtstandort werben und die bisherigen Aktivitäten der Landesregierung zur nachhaltigen Stärkung des Raumfahrtstandortes Hessen fortführen. „Hessen verfügt über viele Kompetenzen im Raumfahrtbereich. Ich freue mich daher darauf, durch die Gestaltung einer kohärenten Raumfahrtstrategie für das Land zu einer verstärkten Vernetzung der Akteure und zur Schaffung von wichtigen Synergien beitragen zu können“, sagte Prof. Dr. Johann-Dietrich Wörner zu seiner neuen Aufgabe.

Wettervorhersagen, Erdbeobachtung und Klimamodellierung

Bouffier machte bei der Vorstellung des Raumfahrtkoordinators zugleich die Bedeutung der Raumfahrt für die Menschen und den Alltag deutlich. „Ohne Raumfahrt gäbe es keine genauen Wettervorhersagen, keine Navigationssysteme, kein Satellitenfernsehen und keine Live-Berichterstattung. Die Raumfahrt sichert uns den Zugang zu wichtigen Informationen und Daten, wie die genaue Uhrzeit und Positionsbestimmung durch GPS und Galileo. Sie ermöglicht die Übermittlung von Daten und Informationen im Bereich der Satellitenkommunikation. Und wir können uns auf Klimamodelle stützen, die auf Basis von Daten aus der Raumfahrt entstehen. Die Raumfahrt ist für unser modernes Leben und eine funktionierende Industriegesellschaft unverzichtbar geworden. Auch und besonders hier in Hessen.“

Zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen sowie Industrieunternehmen mit den unterschiedlichsten innovativen Produkten, Anwendungen und Dienstleistungen tragen ebenso zur Bedeutung des Raumfahrtstandortes Hessen bei, wie wissenschaftliche Institute und Einrichtungen an hessischen Hochschulen oder im Bereich der außeruniversitären staatlichen Forschung.

„Da die Bestrebungen der EU-Kommission, die Aufgaben der neu gegründeten Europäischen Agentur für Raumfahrt EUSPA auszuweiten, dazu führen werden, dass die Zuständigkeiten der eigenständigen, internationalen und von vielen europäischen und nichteuropäischen Staaten getragenen Europäischen Raumfahrtagentur ESA und deren Institute nach und nach reduziert würden, ist es wichtig, gerade jetzt das Profil des Raumfahrtstandortes Hessen zu stärken“, sagten Bouffier und Al-Wazir. „Mit den am ESOC wahrgenommenen Aufgaben im Bereich der satellitengestützten Erd- und Umweltbeobachtung, der Weltraumwissenschaft, der Weltraumsicherheit, der Überwachung von Weltraummüll sowie der Weltraumlageerfassung besitzt das Zentrum ein unverwechselbares Alleinstellungsmerkmal in Europa. Dieses dauerhaft zu sichern und auszubauen ist die Absicht der Hessischen Landesregierung.“

EUMETSAT trage ebenfalls seit Jahrzehnten mit seinen unterschiedlichen Satellitensystemen zur Überwachung des Wetter- und Klimageschehens bei und

ermögliche genaueste Wettervorhersagen, Erdbeobachtung und Klimamodellierung. „Diese Aufgabe erfährt gerade jetzt infolge des zunehmenden Klimawandels eine hohe Bedeutung. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir die hessischen Institutionen stärken und die Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft und Anwendung vorantreiben. Mit Prof. Dr. Wörner haben wir den richtigen Mann zur richtigen Zeit, der die dafür wichtigen Maßnahmen umsetzen wird“, so Bouffier und Al-Wazir.

Durch die Unterstützung für das Centrum für Satellitennavigation Hessen (cesah GmbH) als ESA Business Incubation Centre in Darmstadt (ESA BIC) fördere die Landesregierung bereits seit Langem die Entwicklung von Wertschöpfung im Bereich der Raumfahrtanwendungen und -dienste. Zahlreiche Unternehmungsgründungen in Hessen seien auf die enge Kooperation mit ESOC und EUMETSAT zurückzuführen.

Hintergrund

Außer Hessen haben nur die Bundesregierung sowie Bayern, Baden-Württemberg und Bremen einen eigenen Koordinator für Raumfahrt bzw. für Luft- und Raumfahrt. Der hessische Raumfahrtkoordinator ist direkt in der Staatskanzlei angesiedelt und wird durch eine Geschäftsstelle bei seiner Aufgabe unterstützt.

Weitere Informationen.

Justiz – Pressefreiheit schützen

Hessen tritt dafür ein, dass die Pressefreiheit im Strafgesetzbuch geschützt wird. Die Frühjahrskonferenz der Justizministerinnen und Justizminister hatte zuletzt eine hessische Initiative mit diesem Inhalt beschlossen. „Ich fordere die Bundesregierung auf, das Anliegen der Länder anzunehmen und im Gesetz umzusetzen“, sagte Justizministerin Eva Kühne-Hörmann.

Mit Blick auf den Internationalen Tag für Betroffene von Hasskriminalität / Aktionstag gegen Hasskriminalität am 22. Juli, bei dem die Kooperation #KeineMachtDemHass mit unterschiedlichen Aktionen auf die Bekämpfung von Hass und Hetze im Netz aufmerksam macht, äußerte sich Kühne-Hörmann zu rechtspolitischen Initiativen bei der Bekämpfung von Hass und Hetze. „Bei #KeineMachtDemHass geht es nicht ausschließlich darum, Hassreden im Internet zu bekämpfen. Unser Ansatz ist deutlich breiter. #KeineMachtDemHass ist ein Bündnis aus Medien, Zivilgesellschaft, Medienaufsicht, Justiz und Strafverfolgung, um möglichst viele Menschen aus verschiedenen Richtungen zu erreichen und dadurch die Meinungsvielfalt zu bewahren. Neutrale und gut recherchierte Nachrichten sind ein Schlüssel zur Meinungsfreiheit. Aus diesem Grund sind wir sehr froh sind, seriöse Medienpartner mit einer großen Reichweite in unseren Reihen zu haben, die aber zugleich unseres Schutzes bedürfen.“

Seit November 2019 besteht die durch Justizministerin Eva Kühne-Hörmann gegründete Kooperation #KeineMachtDemHass zwischen der hessischen Justiz und

zivilgesellschaftlichen Akteuren. Wichtiger Teil der Kooperation sind auch die Medienpartner Hit Radio FFH, der Hessische Rundfunk und Extra Tip.

„Die Pressefreiheit ist ein zentrales Gut in einer pluralistischen Gesellschaft“, so Kühne-Hörmann. „Freie Berichterstattung ermöglicht erst die Meinungsfreiheit. Zuletzt hat die Pandemie gezeigt, dass die Pressefreiheit zunehmend in Gefahr ist. Die Pressefeindlichkeit einer breiten Allianz aus Verschwörungsgläubigen, Reichsbürgern, Neonazis und Esoterikern stellt eine große Gefahr für die Medienschaffenden dar. Wir kämpfen dafür, dass die Pressefreiheit ausdrücklich im Strafgesetzbuch geschützt wird.“

Pressefreiheit ein Grundpfeiler der demokratischen Ordnung

Journalistinnen und Journalisten sind immer häufiger massiven Beeinträchtigungen bei der Arbeit ausgesetzt. Gerade im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie kam es in letzter Zeit vermehrt zu Übergriffen. Das belegen auch aktuelle Zahlen einer Studie des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF). Nie zuvor in den sechs Jahren seit Beginn der Erhebung habe das ECPMF mehr Angriffe gezählt.

Die Pressefeindlichkeit einer breiten Allianz aus Verschwörungsgläubigen, Reichsbürgern, Neonazis und Esoterikern stellt eine große Gefahr für die Medienschaffenden dar. Da die Pressefreiheit einer der Grundpfeiler unserer demokratischen Ordnung ist, ist der Staat in der Pflicht. Dieser muss die Pressefreiheit schützen und Gefahren entgegenwirken, die einem freien und ungehinderten Presse- und Medienschaffen drohen. Es besteht legislativer Nachholbedarf, denn die Pressefreiheit findet derzeit keinen expliziten Schutz im Strafgesetzbuch.

Auch gewaltfreie Störungen behindern die freie Berichterstattung

Zwar werden körperliche und gewaltsame Übergriffe auf Pressevertreterinnen und Pressevertreter sowie Beleidigungen, Nötigungen und Bedrohungen auch jetzt schon durch das Strafrecht erfasst, dies aber nur mit den allgemeinen Vorschriften. Anders ist dies aber bei gewaltlosen aber dennoch behindernden Eingriffen. Diese sollen durch die nachfolgenden Beispiele illustriert werden:

► Auf einer Demonstration führt ein Journalistenteam mit Kamera und Mikrofon Interviews durch. Stellt sich eine Personengruppe daneben auf, um durch laute Sprechchöre und durch den Einsatz von Trillerpfeifen das Interview zu verhindern, ist dies nach geltender Rechtslage regelmäßig straflos. Gleiches gilt, wenn eine Personengruppe Fahnen und Transparente vor eine Kamera hält, so dass keine Filmaufnahmen mehr gemacht werden können.

► Ein Radiojournalist führt ein Interview mit einem Passanten. Eine Person, die das Interview unterbinden will, reißt ihm überraschend das Aufnahmegerät aus der Hand, ohne dass er dagegen Widerstand leisten kann, läuft weg und legt das Gerät in einiger Entfernung beschädigungslos auf den Boden. Hier lehnt die Rechtsprechung eine Nötigung regelmäßig ab, da das Tatbild eher durch List, Schnelligkeit und Geschicklichkeit als durch körperlichen Zwang geprägt wird.

► Ein Übertragungswagen mit einem Reporterteam ist auf dem Weg, um über eine Querdenkerdemo zu berichten. Ein Demonstrant stellt sich mit ausgebreiteten Armen so auf die Fahrbahn, dass der Presse-PKW anhalten muss und keine Möglichkeit mehr hat, an ihm vorbeizufahren, ohne ihn zu gefährden. Dies ist derzeit straflos, weil kein körperlich wirkender Zwang zur Überwindung eines geleisteten oder erwarteten Widerstandes angewendet wird. Das Versperren des Weges ohne direkte körperliche Einwirkung ist mangels Gewalt straflos.

Die Beispiele zeigen, dass nicht nur gewaltsame, sondern auch gewaltlose Störungen die freie Berichterstattung durch die Presse massiv behindern können. Zum Schutz der überragend wichtigen Pressefreiheit muss beides jedoch wirksam verhindert werden. Nur mit einem lückenlosen strafrechtlichen Schutz der Journalistinnen und Journalisten kann der derzeitigen Entwicklung wirksam entgegengewirkt werden.

Weitere Informationen.

Bildung – Kultusminister tauscht sich mit Schüler- und Elternvertretern aus

Der regelmäßige Austausch mit Schüler- und Elternvertretern ist ein Wesensmerkmal hessischer Bildungspolitik. Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz hat jetzt mit der Landesschülervertretung und mit den hessischen Kreis- und Stadtelternbeiräten wichtige aktuelle Fragen erörtert. „Für uns ist es schon in normalen Zeiten wichtig zu erfahren, wo an unseren Schulen der Schuh drückt und was unsere Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern bewegt – in Krisenzeiten sind diese Rückmeldungen Gold wert“, erklärte Lorz. Deshalb beziehe das Land sowohl Schüler- als auch Elternvertreter eng in die allgemeinen Bildungsvorhaben sowie in die Planungen zur Schulorganisation unter Pandemiebedingungen ein. Im Gespräch mit der Landesschülervertretung ging es unter anderem um die psychische Belastung, die die Pandemie für Kinder und Jugendliche bedeutet, um die Pläne des Landes zur Ganztagschulentwicklung und um den Unterricht der Zukunft. In der Tagung der Kreis- und Stadtelternbeiräte lag der Schwerpunkt auf den Planungen für das neue Schuljahr, dem Aufholprogramm „Löwenstark“ und der Digitalisierung der Schulen.

Weitere Informationen.

Soziales – Landesregierung unterstützt die Tafeln weiter

Die hessischen Tafeln werden von der Landesregierung auch in diesem Jahr aufgrund der Pandemie unbürokratisch unterstützt. Nachdem 2020 rund 1,25 Millionen Euro an Soforthilfe zur Deckung der laufenden Kosten ausgezahlt wurden, wurden weitere 142.000 Euro bewilligt, um ungedeckte Betriebskosten und höhere Hygienekosten aufzufangen. 23 der insgesamt 57 Tafeln in Hessen hatten dem Landesverband hierfür Bedarf angemeldet. Um die Infrastruktur der wichtigen Tafeln auch während der Pandemie aufrechtzuerhalten, hatte das Sozialministerium die Millionenhilfe im letzten Jahr schnell und unbürokratisch zur Verfügung gestellt.

„Durch die Unterstützung des Landes konnten die Tafeln als Lebensmittelausgaben auch in schwierigen Zeiten offenbleiben und den darauf angewiesenen Menschen vor Ort helfen. Ich freue mich, dass wir nun noch alle Tafeln unterstützen können, die ihre Betriebskosten sowie die Hygienekosten zum Schutz der Mitarbeitenden nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können“, sagte Sozialminister Kai Klose. Die Tafeln in Hessen helfen bedürftigen Menschen in schwierigen Phasen des Lebens, sind sozialer Knotenpunkt und verteilen Lebensmittel, die sonst vernichtet würden. Weitere Informationen.

Finanzen – Hessen wirbt für Frankfurt als Sitz der EU-Geldwäschebehörde

Die EU-Kommission hat jetzt ihr Geldwäschepaket vorgelegt. Neben einheitlichen Regeln zur künftigen Anti-Geldwäschepolitik enthält der Vorschlag auch die Gründung einer „Anti-Money Laundering Authority (AMLA)“, einer EU-Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Ziel der EU-Kommission ist es, dass die Behörde Anfang 2023 geschaffen wird. Die Hessische Landesregierung hatte sich frühzeitig für eine solche EU-Geldwäschebehörde ausgesprochen. Bereits im Vorfeld des Kommissionsvorschlages hatte sich Hessens Europaministerin Lucia Puttrich für eine Ansiedlung der Behörde am Finanzplatz Frankfurt stark gemacht. Die Landesregierung hat in dieser Woche eine Initiative in den Bundesrat eingebracht, die die Bundesregierung auffordert, eine ‚aktive innereuropäische Standortpolitik‘ zu betreiben. Dies gilt auch für den Finanzplatz Frankfurt. Wörtlich heißt es in der Initiative: „Dies gilt ebenso für die Ansiedlung europäischer Behörden wie der geplanten EU-Geldwäschebehörde. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich auf europäischer Ebene im Sinne des Finanzplatzes Deutschland einzusetzen.“ Weitere Informationen.

Gedenken – „Die Tat von Utøya ist in ihrer Grausamkeit kaum zu fassen“

Am 22. Juli 2021 jährte sich das Massaker auf der norwegischen Insel Utøya zum zehnten Mal. Dort richtete ein rassistischer Attentäter damals 69 junge Menschen regelrecht hin, die an einem Sommerlager der norwegischen AUF – der Jugendorganisation der norwegischen Arbeiterpartei – teilnahmen. Kurz zuvor hatte der rechtsextremistische Täter im Regierungsviertel der Hauptstadt Oslo eine Bombe gezündet, die acht Menschen das Leben kostete. „Die Tat von Utøya ist auch nach zehn Jahren in ihrer Grausamkeit kaum zu fassen. Der durch das Attentat verursachte Schmerz, das Leid und das Entsetzen machen die Reaktion der Norweger*innen darauf bis heute umso bemerkenswerter“, sagte Sozialminister Kai Klose. „Die norwegische Gesellschaft hat der Versuchung der Vergeltung widerstanden und auf eine entsetzliche Tat mit mehr Freiheit und mehr Solidarität reagiert. Der Attentäter ist mit seinem Ziel, einen rassistisch motivierten Kulturkampf auszulösen, gescheitert.“ Der Blick zurück auf den 22. Juli 2011 zeige, wie wichtig der Kampf für eine freie und offene Gesellschaft sei, so Minister Klose weiter – die Parallelen zu den kruden Theorien und feigen Morden anderer rechtsterroristischer Attentäter wie in Hanau, dem neun Mitbürgerinnen und Mitbürger am 19. Februar

2020 zum Opfer fielen, seien offensichtlich. „Wir trauern mit allen, die bei Anschlägen wie in Norwegen oder Hanau geliebte Menschen verloren haben. Wir werden die Opfer niemals vergessen und uns trotz des Schmerzes immer daran erinnern, dass Liebe stärker ist als Hass!“ [Weitere Informationen](#).

Unwetterkatastrophe – Hessen entsendet rund 150 weitere Helfer

Aufgrund der nach wie vor katastrophalen Lage in verschiedenen Landkreisen hat der Krisenstab des Landes Rheinland-Pfalz die Länder um Unterstützung gebeten. Das Land Hessen entsendete deshalb am Samstag (17. Juli) Sanitätseinheiten in das Schadensgebiet im Landkreis Ahrweiler, insgesamt fast 150 Einsatzkräfte. Damit wurden aus den Reihen des hessischen Katastrophenschutzes bisher rund 900 Spezialisten in die Krisengebiete in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen entsandt. „Das ganze Ausmaß der Katastrophe offenbart sich aufgrund der schwierigen Bedingungen in den getroffenen Regionen nur langsam“, erklärte Innenminister Peter Beuth. Die Helferinnen und Helfer lassen nichts unversucht, Menschenleben zu retten, die Versorgung der betroffenen Bevölkerung zu gewährleisten und die Infrastruktur schrittweise wiederherzustellen. Die Katastrophenschutzbehörden der Länder stehen im dauerhaften Austausch, falls weitere Hilfe vor Ort benötigt wird. Ich danke den ganz überwiegend ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern aus Hessen für ihren Einsatz in den Krisengebieten.“ In Limburg wurden zwölf sogenannte Schnelleinsatzgruppen Transport gesammelt, um geschlossen in das Einsatzgebiet in der Nähe des Nürburgrings aufzubrechen. Sie werden die Einsatzleitung vor Ort bei der Verlegung von Patienten im Rahmen von Evakuierungsmaßnahmen unterstützen. Die Einheiten, die Teil der Sanitätszüge des Katastrophenschutzes sind, kommen aus Kassel, Marburg, Frankfurt und Darmstadt sowie den Landkreisen Kassel, Schwalm-Eder, Werra-Meißner, Gießen, Lahn-Dill, Limburg-Weilburg, Main-Kinzig und Offenbach. Es handelt sich um 48 Fahrzeuge und 144 Einsatzkräfte. [Weitere Informationen](#).

Zahl der Woche

47 Habilitandinnen

Im vergangenen Jahr haben 47 Frauen an hessischen Hochschulen ihre wissenschaftliche Lehrbefugnis erhalten. Damit gab es erstmals genauso viele Habilitandinnen wie Habilitanden. Quelle: [Wissenschaftsministerium](#)

Link der Woche

ESOC in Darmstadt

Das ESOC (European Space Operations Centre) ist das Kontrollzentrum der ESA. Seit 1967 ist es für den Betrieb sämtlicher ESA-Satelliten und für das dazu notwendige weltweite Netz der Bodenstationen verantwortlich. Das ESOC hat bislang über 60 Satelliten der ESA operationell betreut, wie Huygens, Mars Express, Rosetta, Envisat, GOCE, Herschel/Planck, etc. Außerdem hat das Zentrum zahlreiche Missionen anderer nationaler und internationaler Organisationen unterstützt.

Hessenbilder



Fachwerkhäuser am Marktplatz von Homberg (Efze). Foto: Ina Velte

Impressum

Der Newsletter der Hessischen Landesregierung wird herausgegeben von:

Hessische Staatskanzlei
Georg-August-Zinn-Str. 1
65183 Wiesbaden

Verantwortlich:
Staatssekretär
Michael Bußer
Sprecher der Landesregierung

Redaktion:
Klaus Euteneuer